

Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: A-20-155/2023

Aktenzeichen:

Amt: Finanzen

Datum: 22.02.2023

Version: 1

zu behandeln in:

öffentlicher Sitzung

nicht öffentl. Sitzung

☒**Betreff:** Investitionskredit**Kurzinfo zum Beschluss****Finanzielle Auswirkungen: Ja**

Gesamtkosten:

450.000 € zzgl.
Zinsen €

Jährliche Folgekosten:

Tilgung 22.500 €
zzgl. Zinsen €Finanzierung
Eigenanteil:

€

Objektbezogene
Einnahmen:

450.000 €

Haushaltsbelastung:

€

Veranschlagung:

Ja

mit

€

Produktkonto:

61200.551700/751700
/692731/792731

FinanzH:

ErgebnisH:

geprüft und bestätigt:

Unterschrift Kämmerer

geprüft und bestätigt:

Amtsleiter

Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
HHA	1	20.03.2023					
AmtsA	1						

☐ Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite
Unterschrift / Datum:

Vorsitzender des AA

Beschluss-Nr.: A-20-155/2023

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

Beschlusstext:

Der Amtsausschuss des Amtes Brück bevollmächtigt den Amtsdirektor des Amtes Brück, gemäß § 64 Abs. 3, § 74 Abs. 1 BbgKVerf i. V. m. § 22 Abs. 2 KommHKV, zur Deckung der investiven Finanzlücke nach Maßgabe der Haushaltssatzung 2023 (§2) einen Kreditvertrag für das Amt Brück wie folgt abzuschließen:

Ratentilgungsdarlehen

Kreditvolumen max. 450.000,00 €

Laufzeit 20 Jahre

Zinsbindung 10 bis 20 Jahre

Dafür sind entsprechende Vergleichsangebote einzuholen. Die Bank mit dem günstigsten Zinssatz erhält den Zuschlag. Über das Ergebnis wird der Amtsausschuss informiert.

Unterschrift / Datum:

Vorsitzender des AA

Begründung

Im Haushaltsplan 2023 des Amtes Brück wurde eine Finanzierungslücke ausgewiesen, die in Höhe von 450 T€ durch Kreditermächtigung gedeckt ist. Mit dem Kredit werden größtenteils Fahrzeuge und Betriebs- und Geschäftsausstattung im Bereich Brandschutz finanziert. Deshalb sollte die Laufzeit nicht länger als 20 Jahre sein.

Hinweis der Verwaltung: Mit Vollmacht ist die Amtsverwaltung in der Lage je nach Finanzbedarf flexibel erforderliche Kreditverträge im Rahmen der Haushaltssatzung abzuschließen. Zudem werden günstigere Zinskonditionen erzielt, wenn die Banken ihr Angebot nicht über Nacht offen halten müssen. Über den Abschluss der Verträge und die Konditionen wird der Amtsausschuss entsprechend informiert.